

Vortrag von Prof. Dr. Michael Stürmer anlässlich
der Festveranstaltung "40 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung"
am 27. April 2007 im Konferenzzentrum München

Deutschlands europäische und globale Interessen

Es gilt das gesprochene Wort!

Die deutschen Interessen? Die Antwort ist nicht Geheimwissen: Gut essen, ruhig schlafen und niemals allein sein. Ist das zu einfach? In der Sprache der Wissenschaft kann man darüber Dissertationen verfassen, gelehrte Fußnoten verschwenden und Bibliotheken füllen. Die Politik muss handeln in der realen Welt. Dabei allerdings ist es nicht überflüssig, von Zeit zu Zeit innezuhalten und zu fragen, was denn die deutschen Interessen sind in Europa und in der Welt. Europa ist Handlungsraum, die Welt ist, zum Guten und zum Schlechten, unentrinnbar Bedingungsgefüge weitgehend jenseits unserer Kontrolle, ob als Absatzmarkt oder Lieferant von immer stärker umstrittenen Rohstoffen, ob als Bedrohung von außen oder als Arena des Kampfes um Klima und Umwelt.

Allerdings wurde die längste Zeit in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von Interessen kaum gesprochen, als handele es sich um die pudenda der Staatlichkeit. Es wurde allerdings danach gehandelt, kraftvoll und mit jener Staatsklugheit, die aus Katastrophen kommt – und zwar lange Zeit, von Adenauer bis Kohl, erfolgreich quer durch alle Zeiten und Koalitionen. Interessen? Da bestand beredtes Schweigen im übergreifenden Konsens. Erst der Bundestagswahlkampf 1983 durchbrach dieses Verständnis der Dinge, als die SPD ihr

Nein gegen die NATO-beschlossene Raketenstationierung begründete mit dem Slogan „Im deutschen Interesse“. Heute wissen wir, dass es ohne die Stationierung schwerlich den Abschied der Sowjets vom Imperium, vom östlichen Deutschland und von der Weltmacht gegeben hätte.

1998 dann Szenenwechsel, eine missionarisch aufgeregte neue Political Correctness. Rot-Grün verkündet einen neuen Äon und nennt es „Normalität“ – so als ob es normal sei unter Europäern, sich selbst Normalität zu bescheinigen: Jeder will vielmehr die Ausnahme sein, man frage einmal nach in Paris oder London, in Rom oder Warschau, in Kopenhagen oder Athen. Mehr noch, die Deutschen mussten erfahren, dass erst seit dem Jahr des Lichts 1998 deutsche Interessen verstanden und vertreten wurden. Gemeint war: Hauptsächlich gegen die Amerikaner.

Tatsächlich haben deutsche Kanzler von Adenauer über Brandt, Schmidt bis Kohl nie etwas anderes getan als deutsche Interessen zu vertreten. Sie haben es nur vermieden, mit der Tür ins Haus zu fallen – und dafür gab es gute Gründe, solche der Geschichte, solche der militärischen und sonstigen Geografie und nach 1990 speziell solche der Größe Deutschlands. In diesem Punkt war – und ist – etwas von Bismarck zu lernen, der nach seiner Kanzlerzeit den kaiserlichen Knaben warnte: Die deutsche Politik solle sich nicht verhalten wie der Mann, der, „kürzlich zu Gelde gekommen, auf die Taler in seiner Tasche pocht und jedermann anrempelt“. Im Fach des Anrempelns haben wir es in der Zwischenzeit weit gebracht – was den deutschen Interessen schwerlich gedient hat.

Noch einmal: Gut essen, ruhig schlafen, und niemals allein sein. Von diesem Ablaufpunkt kann man deutsche Interessen in

Europa, im atlantischen Verbund, in der dem Kalten Krieg folgenden Welt ohne Weltordnung durchdenken – und das soll im Folgenden geschehen, in Stichworten.

Nichts ist wichtiger als wirtschaftlich-finanzielle Rechtsräume zu schaffen, vom Copyright bis zur Bilanzerstellung großer Gesellschaften, diese Rechtssysteme zu sichern, und notfalls zu verteidigen – wobei zwar die Vernunft geografische Grenzen zieht, nicht aber das Interesse. Für den Handel des Exportchampions Deutschland sind die Malakka-Straße und das Rote Meer, die heute erheblicher Bewachung bedürfen, ebenso lebenswichtig wie die Rhein- und Scheldemündung oder die Unterelbe. Deutlich aber ist, wir brauchen mehr an Recht und Rechtssicherheit, als wir aus eigenen Kräften produzieren und gegebenenfalls durchsetzen können.

Die Europäische Union ist der wichtigste Handlungsrahmen, mehr als drei Viertel aller Bestimmungen, die unser Leben regieren, kommen aus Brüssel – zum Guten oder zum Schlechten. Deshalb sind Bestand und Ausweitung der EU deutsches Interesse und waren es vom Punkt Null an – aber Ausweitung wie sehr und wie weit? Niemand wagt es, seelische oder politische Grenzen anzugeben, von religiösen ganz zu schweigen. Es ist aber offenkundig, dass man nicht die immer engere Gemeinschaft haben kann, die im Vertrag von 1957 steht, wenn man gleichzeitig in Richtung immer weiterer UN-Gemeinschaft marschiert und dabei die Rechtsräume überdehnt und das Vertrauen der Menschen verliert. Es muss zwischen dem Himmel des Drinseins und der Hölle des Draußenseins eine Art Zwischenerde geben. Denn die Europäische Union ist nicht mit Ketten am Firmament aufgehängt. Wer sie geografisch überdehnt, wird sie zerstören von innen und außen. Wer ihr gegenüber dem Eigenwillen der Staaten und Nationen keine Grenzen setzt, wird Widerstände

erzeugen, die alles zerstören. Die Anfänge sind in allen Himmelsrichtungen zu sehen. Die Nationen, die seit 1990 aus der Kälte kamen, haben ihre eigene Idee von Vergangenheit und Zukunft der Nationen, und das Koma, in dem sich der europäische Verfassungsvertrag befindet, beweist jenseits allen fröhlichen Mutmachens in Berlin, dass selbst Gründernationen wie Franzosen und Niederländer ihre Zweifel haben. Kein Land aber hat, wegen Geografie, Geschichte und Größe, stärkeres Interesse an fortdauernder Vitalität, Leistungskraft und Faszination der EU.

Wie aber steht es damit? Der 50. Jahrestag der weiland Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gab Anlass zu Bilanzen – wie auch zu Tagträumen, einige träumerischer als andere. Dankbarkeit kommt in den Lehrbüchern der Politik nicht vor. Aber es wäre in Ordnung gewesen, nicht nur im Blick auf die Vergangenheit der ersten 40 Jahre, sondern auch für eine ungewisse, konfliktschwangere Zukunft, den USA mehr als beiläufige Erwähnung zu gönnen. Die europäische Legende will es, dass die ursprünglichen Sechs aus Reife und Weisheit ihre Nationalwirtschaften zusammenfügten. Die Geschichte in ihren Revisionen hat einen nüchternen und sehr lehrreichen Bericht zu bieten. Alles begann mit dem Marshall-Plan vor genau 60 Jahren, dem aufgeklärten Eigeninteresse der Amerikaner an globalem Handel und Eindämmung der Sowjetunion – dazu gehörte, die alten Dämonen Europas dauerhaft zu bannen.

Es war der 3. April 1949. Da gab US-Präsident Harry S. Truman ein Arbeitessen im Weißen Haus für die Außenminister aus Europa und Kanada – kein Deutscher darunter – die zur Unterzeichnung des Nordatlantik-Pakts nach Washington gekommen waren. Truman sagte, die Sowjets wollten die Welt beherrschen. Dagegen bot er die Strategie der Eindämmung. Der Westen würde einige Jahre die Chance haben – das war

der Vorsprung in der Nuklearwaffe, die die Amerikaner damals hatten und die Sowjets nicht – unter amerikanischem Schutz sich zu erholen. Unterdessen sollten sie nicht nur NATO gründen, sondern einen wirtschaftlichen Club ins Leben rufen, den wirtschaftlichen Nationalismus der Zwischenkriegszeit vermeiden. Statt sich zu Geiseln der Geschichte zu machen, sollten sie Deutschland in den Club kooptieren. Denn Deutschland war down but not out. Und es lag nicht jenseits der Möglichkeiten Stalins, den Deutschen wie auch den Japanern ein unwiderstehliches Angebot zu machen. Mit Deutschland auf ihrer Seite, würden die Sowjets die Meister Europas sein. Das aber war nicht im amerikanischen Interesse. In einem Wort, Truman bot nuklearen Schutz im Tausch gegen Europas aufgeklärtes Eigeninteresse.

Für die nächsten vier Jahrzehnte blieb Europas Wohlbefinden Funktion der Pax Americana. Briten und Franzosen fischten aus den Trümmern ihrer Imperien noch die nukleare Waffe als letzte Trumpfkarte des Nationalinteresses. Den Deutschen blieb – und bleibt – solches versagt, aus bekannten Gründen. Wir sind Bündnispartner – oder wir sind sehr allein. Noch immer gilt das Wort Helmut Kohls aus der Regierungserklärung 1982: Bündnisfähigkeit ist Kern deutscher Staatsräson.

Was zurückführt auf die nationalen Interessen: Gut essen, ruhig schlafen und niemals allein sein. Deutsche Sicherheit ist Funktion europäischer Sicherheit, diese Funktion atlantischer, will sagen amerikanischer Sicherheit. Deutschland braucht das amerikanische Bündnis sehr viel mehr als umgekehrt Amerika das deutsche. Wenn das einmal vergessen wird – und die Chance ist nicht nur theoretisch, sondern Teil der politischen Wirklichkeit von Berlin bis Mainz – dann sind die besten Jahre vorbei und die Deutschen begegnen auf unerwartete Weise der

seit Bismarck niemals auf längere Zeit bewältigten *Conditio Germaniae*: Zu groß für Gleichgewicht, zu klein für Hegemonie.

Wie hart am Rande die EU inzwischen balanciert, zeigte sich in der freundlichen Unverbindlichkeit der lange diskutierten Erklärung über 50 Jahre. Allenfalls über die Vergangenheit war man sich noch einig – unter Auslassung der amerikanischen Geburtshilfe. Aber sonst gab es ein schleichendes Gefühl der Richtungslosigkeit, der unterdrückten Entscheidungsfragen, der lauernden Konflikte – man braucht nur die Verfassung zu erwähnen, für die es zugleich zu früh ist und zu spät. Die Frage, ob die EU Demokratievereinbar ist oder nicht, ist offen. Wie weit die Brüsseler in das nationale Gemeinwesen eindringen sollen, ist ebenso ungeklärt. Selten widerstehen die nationalen Regierungen der Versuchung, über Brüssel im Modus des aufgeklärten Absolutismus zu regieren, und die Parlamente werden anderweitig mit Quisquilien beschäftigt.

Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass die EU ein Opfer ihres eigenen Erfolges ist. Weiter als je zuvor, ein Rechts- und Wirtschaftsraum für mehr als 450 Millionen, die wenigsten bettelarm, geht Europa heute durch eine Doppelkrise:

Eine äußere Krise, denn die Sonne senkt sich für die *Pax Americana*, die auf ein halbes Jahrhundert Abschreckung und Sicherheitsgefühl produzierte. Die USA, nach Irak noch mehr als zuvor, ist nicht mehr länger der – wie man im Bankwesen sagt – „lender of last resort der Sicherheitspolitik und kann deshalb auch nicht immer und überall mehr die Europäer vor den Folgen ihrer selbstgewählten Schwäche bewahren. Die EU von heute ist nicht ernstfallfest und nicht in der Lage, ihre eigene Sicherheit in einer Welt ohne Weltordnung zu verteidigen. Die Zeit aber ist vorbei, in der die Europäer vom hohen moralischen Gelände die Amerikaner moralisch niedermachen konnten, während sie gleichzeitig erwarteten,

dass der US-Sheriff die Welt halbwegs in Ordnung halten würde.

Und eine innere Krise, weil die Richtung verlorengegangen ist. Was gegründet wurde, laut Präambel von 1957, sollte „immer engere Gemeinschaft“ werden. Stattdessen wurde seit 1990 immer mehr Erweiterung zum Leitprinzip, das aber irgendwann, um Desaster zu vermeiden, seine Grenzen finden muss. Bald nach 1990 wurde im Schäuble/Lamers-Papier das Prinzip der variablen Geometrie und der verschiedenen Geschwindigkeit entwickelt – und sogleich abgelehnt: Kein Europa à la Carte. Inzwischen aber gibt es Schengenland, Euroland, Opt out-Land, und wer von Europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik redet oder gar von einer Europa-Armee, der muss wissen, dass er sich in unvermessenen Gelände bewegt. Gerade die Sicherheitspolitik aber verträgt es schlecht, wenn keiner sich auf keinen verlassen kann – dazu haben die Deutschen, wenn auch nicht allein, anno 2002 und 2003 nicht wenig beigetragen.

Der Krieg bringt Dinge ans Licht, die sonst verborgen bleiben. Dasselbe gilt aber auch für das Ende des Kalten Krieges. Europa ist keine selbsttragende Konstruktion. Die Nationalstaaten sind nicht gesonnen, sich von der Bühne zu verabschieden, auf der sie 350 Jahre lang die Hauptdarsteller waren. Heute geht das nicht mit Trommeln und Trompeten. Aber für Steuern, soziale Sicherheit und legitime Machterzeugung sind die Nationalstaaten der entscheidende Akteur – und werden es auf Sicht auch bleiben. Da aber die meisten Reformen, die die Globalisierung erfordert, auf der Brüsseler Ebene gebieterisch eingefordert werden, auf der nationalstaatlichen Ebene aber schmerzhaft umzusetzen bleiben, ist der Zustand alles andere als spannungsfrei. Die Lissabon-Agenda von 1999, in zehn Jahren Weltspitze zu sein,

ist leeres Versprechen geblieben. Statt Europa als Argument und Hebel zu nutzen, um die erkannten Schwächen zu verbessern – sei es im Sozial- und Arbeitsrecht, sei es in der Energie – bleibt die Politik der Regierungen im nationalen Bezugssystem – und damit immobil. Das bedeutet, das Potenzial Europas wird nicht ausreichend genutzt. Die deutsche Präsidentschaft war gerade noch in der Lage, die richtigen und wichtigen Ziele zu markieren. Aber mit dem Machtverfall in London und den Übergängen in Paris fehlte der Kairos, der glückliche Zeitpunkt. Und er wird sich nicht bald wieder einstellen. Die Deutschen, so sehr sie sich auch mühen, verfehlen ihre europäische Berufung.

Gut essen, ruhig schlafen, und niemals allein sein: Es ist nicht einfach, aus solchen Interessen jedes Mal die operative Politik abzuleiten. In der Tat ist Deutschland nolens volens in Führungsrollen geraten, nicht nur turnusmäßig in EU und G8, sondern im Nahost-Quartett, unter den EU 3 in der Iran-Frage, im östlichen Mittelmeer. Diese Führungsrollen erfordern, dass die nationalen Interessen im aufgeklärten Sinn in europäischer und atlantischer Einbettung verantwortungsvoll neu durchdacht und zwischen Wählern und Regierenden verantwortungsvoll – das heißt kompetent und ohne Ausflüchte – besprochen werden, um sie dann umzusetzen. Um was, vor allem, geht es? Die Verfassung, die nicht leben kann und nicht sterben darf, die tief und mit Recht umstrittene Türkei-Frage, Beitritt oder Sonderverhältnis, die Energiestrategie im Glaubenskampf zwischen Nuklear und Nicht-Nuklear, die Alphabetsuppe europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Eindämmung der nuklearen Spielverderber Nordkorea und Iran und anderer Aspiranten, die verknäulten Konflikte des Greater Middle East, und dann auch noch die halb-vergessenen Konflikte in Kosovo und Bosnien-Herzegowina, die nur auf ihre Stunde warten, das alles erfordert die schmerzhaft

Überprüfung deutscher Interessen in den Zeiten der Globalisierung bei steigender globaler Unordnung.

Zuletzt und vor allem aber geht es um Neubestimmung des Bündnisses mit den Nordamerikanern.

Da ist viel zu tun. Deutschland ist am Wendepunkt, dasselbe gilt für die Europäische Union und das Atlantische Bündnis. Die Wende zu verweigern, hat einen hohen Preis. Gemessen an den Vergangenheiten der Deutschen und der Europäer, waren die letzten 50 Jahre eine Zeit aufgeklärter Staatskunst. Für die Zukunft aber liegt darin keine Garantie. Völker können ihr Glück verspielen, und die deutsche Geschichte bietet da Beispiele. Gemessen an dem, was die Zukunft verheißt, sind die ersten 50 Jahre nur Anfang, eine historische Chance, nicht weniger aber auch nicht mehr. Man kann sie wie Hans im Glück verspielen – eine sehr deutsche Tragödie im Gewand der Farce. Oder man kann sie nutzen, und muss es tun. Deutsches Interesse bleibt es, Musterschüler zu sein in beiden, der europäischen und der atlantischen Klasse. Deutschland ist nicht allein mit der Aufgabe dafür zu sorgen, dass sich Europa und Amerika niemals trennen. Aber es hat darin ein wahrhaft existenzielles Interesse.